

BLICKPUNKT ARBEITSRECHT

STUTTGART, 15.10.2015

Die strafrechtlichen Risiken der Beitragsvorenthaltung

Die strafrechtlichen Risiken der Beitragsvorenthaltung

Augsburger Allgemeine vom 18.03.2015:

Ex-CSU-Fraktionschef Georg Schmid wegen Sozialbetrugs verurteilt:

Das Schöffengericht sieht es als erwiesen an, dass Schmid, 61, seine Ehefrau Gertrud fast 22 Jahre lang als **Scheinselbstständige** in seinem Donauwörther Abgeordnetenbüro beschäftigt hat. Die Sozialkassen wurden dadurch um fast **350 000 Euro** geprellt.

→ **Freiheitsstrafe 1 Jahr 4 Monate** (z. Bewährung)

→ Zudem eine **Geldauflage** von **120.000 Euro**.

Die strafrechtlichen Risiken der Beitragsvorenthaltung

4 Möglichkeiten:

1. Gefälligkeit
2. Familiäre Mithilfe
3. Selbständiger Unternehmer
4. Abhängige Beschäftigung (→ Beitragspflicht)

Abgrenzung Beschäftigung / Selbständigkeit

Begriff der Beschäftigung, §7 SGB IV:

- ¹ Beschäftigung ist die nichtselbständige Arbeit, *insbesondere* in einem Arbeitsverhältnis.
- ² Anhaltspunkte für eine Beschäftigung sind eine Tätigkeit nach **Weisungen** und eine **Eingliederung** in die Arbeitsorganisation des Weisungsgebers.

Abgrenzung Beschäftigung / Selbständigkeit

2 Hauptkriterien:

Ein selbständiger Unternehmer muss

1. unternehmerisches **Risiko** tragen
2. unternehmerische **Initiative** entfalten.

Die strafrechtlichen Risiken der Beitragsvorenthaltung

Augsburger Allgemeine vom 18.09.2015:

Möbel-Inhofer-Prozess:

Zu Beginn des Ermittlungsverfahrens hatte die Augsburger Staatsanwaltschaft die große Keule ausgepackt: große Razzia Ende 2012 in dem Sendener Familienunternehmen. **U-Haft** für zwei Mitglieder der Geschäftsleitung. Dann eine umfangreiche Anklage gegen die vier Firmenchefs. Systematisches Sozialdumping mit **Scheinselbstständigen** und Steuerhinterziehung wird ihnen vorgeworfen. Der angebliche Schaden: **3,65 Millionen Euro**.

Staatsanwaltschaft will den Möbelhaus-Geschäftsführer unbedingt **hinter Gittern** sehen.

§ 266a StGB: „Vorenthalten und Veruntreuen von Arbeitsentgelt“

(1) Wer als Arbeitgeber der Einzugsstelle Beiträge des Arbeitnehmers zur Sozialversicherung einschließlich der Arbeitsförderung, unabhängig davon, ob Arbeitsentgelt gezahlt wird, vorenthält, wird mit Freiheitsstrafe **bis zu fünf Jahren** oder mit Geldstrafe bestraft.

(2) Ebenso wird bestraft, wer als Arbeitgeber

1. der für den Einzug der Beiträge zuständigen Stelle über sozialversicherungsrechtlich erhebliche Tatsachen unrichtige oder unvollständige Angaben macht oder
2. die für den Einzug der Beiträge zuständige Stelle pflichtwidrig über sozialversicherungsrechtlich erhebliche Tatsachen in Unkenntnis lässt

und dadurch dieser Stelle vom Arbeitgeber zu tragende Beiträge zur Sozialversicherung einschließlich der Arbeitsförderung, unabhängig davon, ob Arbeitsentgelt gezahlt wird, vorenthält.

§ 266a StGB: „Vorenthalten und Veruntreuen von Arbeitsentgelt“

1. Tatbestandsmerkmal: „Vorenthalten“

Wer als Arbeitgeber der Einzugsstelle Beiträge des Arbeitnehmers zur Sozialversicherung einschließlich der Arbeitsförderung, unabhängig davon, ob Arbeitsentgelt gezahlt wird, **vorenthält**, wird mit Freiheitsstrafe **bis zu fünf Jahren** oder mit Geldstrafe bestraft.

→ Schlichte Nichtzahlung ist bereits strafbar

Beitragsvorenthaltung: „Nichtzahlungsfälle“

Fallgruppe 1:

Schlichte Nichtzahlung ist bereits strafbar

- **Strafraahmen bis 5 Jahre pro Tat**
- Jeder Monat eine neue Tat:
„allmonatlich neugefasster Willensentschluss“
- Jeden Monat pro Einzugsstelle eine eigene Tat:
„je Einzugsstelle eigener Nichtzahlungsentschluss“

Vgl. BGH vom 15.3.2012 - 5 StR 288/11 - Rz. 20, 22ff.

§ 266a StGB: Vorenthalten und Veruntreuen von „Arbeitsentgelt?“

2. Tatbestandsmerkmal: „Arbeitnehmeranteile“

Wer als Arbeitgeber der Einzugsstelle **Beiträge des Arbeitnehmers zur Sozialversicherung** einschließlich der **Arbeitsförderung**, unabhängig davon, ob Arbeitsentgelt gezahlt wird, vorenthält, wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.

Ratio legis → Nur Sozialversicherungsbeiträge!

§ 266a Abs. 1 und 2: „Beitragsvorenthaltung“

Beitragsvorenthaltung: „Nichtzahlungsfälle“

3. Tatbestandsmerkmal: „Arbeitgeber“

Wer als **Arbeitgeber** der Einzugsstelle Beiträge des Arbeitnehmers zur Sozialversicherung einschließlich der Arbeitsförderung, unabhängig davon, ob Arbeitsentgelt gezahlt wird, vorenthält, wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.

→ Im Sinne des Sozialversicherungsrechts!

Definition Arbeitgeber

„**Arbeitgeber**“ - im Sozialversicherungsrecht - ist eine Person, die - nach Sozialversicherungsrecht -
„**Beschäftigte**“ hat.

Ohne Beschäftigung

- gibt es keine Sozialversicherungsbeiträge
- und damit auch keine Beitragsvorenthaltung
- also keinen strafbaren Arbeitgeber.

Definition Beschäftigung

§7 SGB IV:

¹ Beschäftigung ist die nichtselbständige Arbeit,
insbesondere in einem Arbeitsverhältnis

1. Beschäftigung ist weiter als Arbeitsverhältnis
2. Arbeitgeber im Sinne des Sozialversicherungsrechts setzt **kein Arbeitsverhältnis** voraus

Beitragsvorenthaltung: „Nichtzahlungsfälle“

- Schlichte Nichtzahlung
- von Sozialversicherungsbeiträgen (Arbeitnehmeranteile)
- vom Arbeitgeber im Sinne des Sozialversicherungsrechts

Tatnachweis?

BGH → regelmäßig genügt der **Beitragsnachweis!**

Vgl. BGH vom 7.10.2010 – 1 StR 424/10;
erläutert bei *Thul* in Müller-Gugenberger Wirtschaftsstrafrecht 6. Aufl. § 38 Rz.26a

Beitragsvorent

Arbeitgeber	Betriebs-/Beitragskonto-Nr. des Arbeitgebers		
Zeitraum:		VON	Tag <input type="text"/> Monat <input type="text"/> Jahr <input type="text"/>
		bis	Tag <input type="text"/> Monat <input type="text"/> Jahr <input type="text"/>
Rechtskreis)		Ost: <input type="checkbox"/>	West: <input type="checkbox"/>
Fälligkeit am: 25. des lfd. Monats)		<input type="checkbox"/>	
Dauer-Beitragsnachweis*)		<input type="checkbox"/>	
Bisheriger Dauer-Beitragsnachweis gilt erneut ab nächster Monat)		<input type="checkbox"/>	
Beitragsnachweis enthält Beiträge aus Werbungzinsen, das abgelaufene Kalenderjahre zuzuordnen ist*)		<input type="checkbox"/>	
Korrektur-Beitragsnachweis für abgelaufene Kalenderjahre*)		<input type="checkbox"/>	

Beitragsnachweis (SGB IV § 28f)

Beitragsnachweis	Beitragsgruppe	<input type="checkbox"/> DM*) <input type="checkbox"/> Euro)	Pf Cent
Beiträge zur Krankenversicherung - allgemeiner Beitrag -	1000		
Beiträge zur Krankenversicherung - erhöhter Beitrag -	2000		
Beiträge zur Krankenversicherung - ermäßigter Beitrag -	3000		
Beiträge zur Krankenversicherung für geringfügig Beschäftigte	6000		
Beiträge zur Rentenversicherung der Arbeiter - voller Beitrag -	0100		
Beiträge zur Rentenversicherung der Angestellten - voller Beitrag -	0200		
Beiträge zur Rentenversicherung der Arbeiter - halber Beitrag -	0300		
Beiträge zur Rentenversicherung der Angestellten - halber Beitrag -	0400		
Beiträge zur Rentenversicherung der Arbeiter für geringfügig Beschäftigte	0500		
Beiträge zur Rentenversicherung der Angestellten für geringfügig Beschäftigte	0600		
Beiträge zur Arbeitsförderung - voller Beitrag -	0010		
Beiträge zur Arbeitsförderung - halber Beitrag -	0020		
Beiträge zur sozialer Pflegeversicherung	0001		
Umlage nach dem Lohnfortzahlungsgesetz (LFZG) für Krankheitsaufwendungen	U1		
Umlage nach dem Lohnfortzahlungsgesetz (LFZG) für Mutterschaftsaufwendungen	U2		
Gesamtsumme			
Es wird bestätigt, dass die Angaben mit denen der Lohn- und Gehaltsunterlagen übereinstimmen und in diesen sämtliche Entgelte enthalten sind	Beiträge zur Krankenversicherung für freiwillig Krankenversicherte**)		
	Beiträge zur Pflegeversicherung für freiwillig Krankenversicherte**)		
	abzüglich Erstattung gemäß § 10 LFZG		
	zu zahlender Betrag/ Guthaben		

Beitragsvorenthaltung: „Nichtzahlungsfälle“

„Der Beitragsnachweis **belegt** die geschuldeten und somit die **vorenthaltenen** Sozialversicherungsbeiträge. Die **Feststellung** des im Beitragsnachweis vom Arbeitgeber nachgewiesenen Gesamtsozialversicherungsbeitrags ermöglicht dem Revisionsgericht daher in hinreichendem Maße die Überprüfung des Urteils.“

Vgl. BGH vom 7.10.2010 – 1 StR 424/10

Beitragsvorenthaltung: „Nichtzahlungsfälle“

Es genügen regelmäßig als **Urteilsfeststellungen**:

1. Nichtzahlung

2. Beitragsnachweis(e)

→ belegen die **Sozialversicherungsbeiträge**

→ belegen die **Arbeitgeber-Stellung**

Vgl. BGH vom 7.10.2010 – 1 StR 424/10

Beitragsvorenthaltung: „Nichtzahlungsfälle“

1. Beitragsnachweis
2. Schlichte Nichtzahlung der nachgewiesenen Beiträge

Strafbarkeit rasch erwiesen

→ Schuld und Strafe bestimmen sich nur nach den
Arbeitnehmeranteilen

Praxisrelevant: Insolvenzfälle

Beitragsvorenthaltung: „Nichtzahlungsfälle“

Praxisrelevant: Insolvenzfälle

Und die **fehlenden Mittel?** (*Insolvenz!*)

- genügen nicht für **Unmöglichkeit**
- der Arbeitgeber hätte **planen** müssen

Vgl. BGH vom 11.8.2011 – 1 StR 295/11 bei Nr.4: **omissio libera in omittendo**

Die strafrechtlichen Risiken der Beitragsvorenthaltung

1. **Insolvenzfälle** (Nichtzahlung nach Beitragsnachweis)
2. Fälle **ohne Beitragsnachweis:**
(Möbel-Inhofer/Georg Schmid)
 - **Täuschungsfälle**
 - §266a Absatz 2 StGB

Die strafrechtlichen Risiken der Beitragsvorenthaltung

Aus **Beschäftigung** folgen grundsätzlich
kraft Gesetzes:

1. Gesetzliche Sozialversicherung
2. Beitragspflicht

Bei Vorliegen von Beschäftigung

→ gibt es regelmäßig

Sozialversicherungsbeiträge

→ und damit ggf. auch **Beitragsvorenthaltung**

Beitragsvorenthaltung: „Täuschungsfälle“

Absatz 2:

Ebenso wird bestraft, wer als Arbeitgeber

1. der für den Einzug der Beiträge zuständigen Stelle über sozialversicherungsrechtlich erhebliche Tatsachen **unrichtige oder unvollständige Angaben macht** oder
2. die für den Einzug der Beiträge zuständige Stelle **pflichtwidrig über sozialversicherungsrechtlich erhebliche Tatsachen in Unkenntnis lässt**

und dadurch dieser Stelle vom Arbeitgeber zu tragende Beiträge zur Sozialversicherung einschließlich der Arbeitsförderung, unabhängig davon, ob Arbeitsentgelt gezahlt wird, vorenthält.

Beitragsvorenthaltung: „Täuschungsfälle“

Fallgruppe 2:

Nichtzahlung plus **Täuschungselement**

Absatz 2 zusätzlich:

1. **unrichtige** oder unvollständige **Angaben machen** (Tun)
2. **pflichtwidrig in Unkenntnis lassen** (Unterlassen)

Pflichtwidrig?

Beitragsvorenthaltung: „Täuschungsfälle“

1. Aus **Beschäftigung** folgt grundsätzlich *kraft Gesetzes* die Beitragspflicht
2. Aus der Beitragspflicht folgt *kraft Gesetzes* die **Pflicht zum Beitragsnachweis**

→ Wer Beiträge schuldet,
aber pflichtwidrig keine Beitragsnachweise
abgibt, **täuscht** im Sinne des Straftatbestandes

Beitragsvorenthaltung: „Täuschungsfälle“

Absatz 2:

Ebenso wird bestraft, wer als Arbeitgeber

1. der für den Einzug der Beiträge zuständigen Stelle über sozialversicherungsrechtlich erhebliche Tatsachen unrichtige oder unvollständige Angaben macht oder
2. die für den Einzug der Beiträge zuständige Stelle pflichtwidrig über sozialversicherungsrechtlich erhebliche Tatsachen in Unkenntnis lässt

und dadurch dieser Stelle **vom Arbeitgeber zu tragende Beiträge zur Sozialversicherung** einschließlich der Arbeitsförderung, unabhängig davon, ob Arbeitsentgelt gezahlt wird, vorenthält.

Beitragsvorenthaltung: „Täuschungsfälle“

Absatz 2 zusätzlich: **„Arbeitgeberanteile“**

In Täuschungsfällen sind auch die vom **Arbeitgeber zu tragenden Beitragsteile** zu berücksichtigen

bei der Bemessung von

1. Schaden
2. Schuld und
- 3. Strafe**

Doppelter Schaden → doppelte Strafe

Beitragsvorenthaltung: „Täuschungsfälle“

Beispiel: Schwarzlohnzahlungen

häufig: Teil-Schwarzlohnzahlungen

Minijob-Fall: Der Arbeitgeber führt den Beschäftigten in der Lohnbuchhaltung als „geringfügig entlohnt“ (450 Euro) und zahlt weitere 200 Euro „schwarz“ aus.

Effekt: Gesamtbetrag (**650 Euro**) ist beitragspflichtig.
Bemessungsgrundlage rund **1000 Euro** (Gleitzone 😞)
→ Beiträge **über 400 Euro** (ohne Lohnsteuer)

Beitragsvorenthaltung: „Täuschungsfälle“

Ausgezahlt 650 Euro

aber **Bemessungsgrundlage 1.000 Euro??**

Sogenannte „**Hochrechnung**“ auf den Bruttolohn
(§14 Absatz 2 Satz 2 SGB IV)

Ausgangspunkt: ausgezahlter Lohn (über 450 Euro?)

Hinzugerechnet: Lohnsteuer (ggf. Klasse 6)

Sozialversicherungsbeiträge

Ergibt den Bruttolohn, die **Bemessungsgrundlage!**

Beitragsvorenthaltung: „Täuschungsfälle“

(Direkte) **Lohnkosten** ursprünglich:

Ausgezahlt (450 + 200)	650 Euro
<i>Pauschalbeiträge (mit Lohnsteuer ca.)</i>	<i>150 Euro</i>
Summe:	<u>800 Euro</u>

(Direkte) **Lohnkosten** neu:

Ausgezahlt (450 + 200)	650 Euro
Sozialversicherungsbeiträge (ca.)	415 Euro
Lohnsteuer (Klasse 6) (ca.)	135 Euro
Summe:	<u>1200 Euro</u>
<i>(+ zunächst noch Pauschalbeiträge</i>	<i>150 Euro)</i>

Beitragsvorenthaltung: „Täuschungsfälle“

Beispiel: Mindestlohnverstoß

1. **Anspruchsprinzip:** Bemessungsgrundlage ist nicht der gezahlte, sondern der **geschuldete** (Mindest-) **Lohn**
2. **Aus der Differenz** fallen kraft Gesetzes **Beiträge** an
3. **Beitragsnachweise** waren falsch → **Täuschungsfall**
4. **Beiträge in voller Höhe** (aus der Differenz)
bei der **Strafe** zu berücksichtigen

Beitragsvorenthaltung: „Täuschungsfälle“

Beispiel: Illegale Arbeitnehmerüberlassung

E „mietet“ von der V-.d.o.o serbische Bauarbeiter für sein Unternehmen, getarnt durch einen **Schein-Werkvertrag**. E zahlt an V je Arbeitsstunde 15 Euro; die Arbeiter erhalten 6 Euro/Std. In Deutschland werden keine Sozialversicherungsbeiträge gezahlt.

*Rechtlich handelt es sich um **Arbeitnehmerüberlassung**. Diese ist „illegal“, weil V keine Verleiherlaubnis im Sinne des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes hat.*

Effekt: → Prof. Dr. Schüren

Illegale, verdeckte Leiharbeit = Schweinwerk-/Dienstvertrag

= Leiharbeit ohne Überlassungserlaubnis

Rechtsfolge **seit 1972**: §§ 9 Nr. 1, 10 Abs. 1

Arbeitnehmerüberlassungsgesetz

= fingiertes **Arbeitsverhältnis zum Entleiher**

Risiko:

Straftatbestand Beitragshinterziehung

nach einer Folie von Prof. Dr. Schüren, Universität Münster
Blickpunkt ArbR, März 2015

Beitragsvorenthaltung: „Täuschungsfälle“

Beispiel: illegale Arbeitnehmerüberlassung

1. **Verleiher V** zahlt keine Sozialversicherungsbeiträge
 2. **Entleiher E** ist kraft Gesetzes **Arbeitgeber**
 3. **Entleiher E** schuldet die Sozialversicherungsbeiträge
- Entleiher **E** schuldet als Arbeitgeber alle Beiträge aus dem geschuldeten (Mindest-) Lohn
4. **E** gab falsche Beitragsnachweise ab → **Täuschungsfall**
 5. **Beiträge in voller Höhe** bei **Strafe** zu berücksichtigen

Illegale, verdeckte Leiharbeit = Schweinwerk-/Dienstvertrag

Leiharbeit ohne Überlassungserlaubnis

= fingiertes Arbeitsverhältnis zum Entleiher

Risiko: Straftatbestand Beitragshinterziehung...

Und Unkenntnis schützt vor Strafe nicht?

Beitragsvorenthaltung: „Täuschungsfälle“

Unkenntnis: die subjektive Tatseite

1. **Fahrlässigkeit** ist nicht strafbar
2. **Vorsatz** erforderlich → **Tatbestandsverwirklichung**

Tatnachweis?

Beitragsvorenthaltung: „Täuschungsfälle“

Unkenntnis: die subjektive Tatseite

Vorsatz:

Vorsatz ist gegeben, wenn **E** den **Sachverhalt** kennt
Hier fraglich: Wissen um **fehlende Beitragszahlung**
in Deutschland?

Tatnachweis?

„**Werkvertrag**“ mit serbischem Unternehmen:

- mit Sicherheit keine Beitragszahlung (in DtInd.)
- Sachverhalt bekannt → **Vorsatz** gegeben
- **Tatbestandsverwirklichung** gegeben!!!

Beitragsvorenthaltung: „Täuschungsfälle“

Unkenntnis: die subjektive Tatseite

1. **Vorsatz** gegeben → **Tatbestandsverwirklichung**

Aber: E kannte seine Beitragspflicht **irrtümlich** nicht!

Dieser Irrtum ist ein **Verbotsirrtum** (§17 StGB)

Irrtum **vermeidbar** = Schuld gegeben

2. **Schuld** gegeben → **Strafe** möglich

Beitragsvorenthaltung: „Täuschungsfälle“

Unkenntnis: die subjektive Tatseite

Verbotsirrtum (§17 StGB):

Irrtum **vermeidbar** oder nicht? → **Tatnachweis???**

Wer einen Werkvertrag schließt,
aber ihn nicht „lebt“

- weiß, dass er **Beratungsbedarf** hat
- und hat „**Unrechtsbewusstsein**“

Illegale, verdeckte Leiharbeit = Schweinwerk-/Dienstvertrag

Leiharbeit ohne Überlassungserlaubnis

= fingiertes Arbeitsverhältnis zum Entleiher

Risiko: Straftatbestand Beitragshinterziehung...

Und der Verleiher V bleibt ohne Strafe?

Beitragsvorenthaltung: „Täuschungsfälle“

Beispiel: illegale Arbeitnehmerüberlassung

1. Entleiher E ist kraft Gesetzes Arbeitgeber (*Arbeitsrecht*)
2. V zahlt den Lohn an die Beschäftigten

→ Es gilt dann:

Beitragsvorenthaltung: „Täuschungsfälle“

§ 28e Abs.2 Sozialgesetzbuch IV:

³**Zahlt der Verleiher** das vereinbarte Arbeitsentgelt ... an den Leiharbeitnehmer, obwohl der Vertrag nach § 9 Nummer 1 des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes unwirksam ist, so hat **er** auch den hierauf entfallenden **Gesamtsozialversicherungsbeitrag** an die Einzugsstelle zu zahlen.

⁴Hinsichtlich der Zahlungspflicht nach Satz 3 gilt der **Verleiher** neben dem Entleiher als **Arbeitgeber**; beide haften insoweit als **Gesamtschuldner**.


Beitragsvorenthaltung: „Täuschungsfälle“

Beispiel: illegale Arbeitnehmerüberlassung

1. Entleiher E ist kraft Gesetzes Arbeitgeber (*Arbeitsrecht*)
2. V zahlt den Lohn an die Beschäftigten
3. V ist auch (!) Arbeitgeber im *Sozialversicherungsrecht*
4. V schuldet auch (!) die Sozialversicherungsbeiträge
5. V gab keine Beitragsnachweise ab → Täuschungsfall
6. Beiträge in voller Höhe bei **Strafe** zu berücksichtigen

Entleiher E und Verleiher V sind beide Straftäter

Beitragsvorenthaltung

1. **Insolvenzfälle** (Nichtzahlung nach Beitragsnachweis)
 2. **Schwarzlohnzahlungen**
 3. **Mindestlohnverstoß**
 4. **Illegale Arbeitnehmerüberlassung**
 5. **Scheinselbständigkeit**
- 
- = Täuschungsfälle

Beitragsvorenthaltung: „Täuschungsfälle“

zum Schluss noch: Scheinselbständigkeit

1. **Arbeitgeber** zahlt Lohn „gegen Rechnung“
 2. **Sachverhalt** ist Arbeitgeber bekannt: **Vorsatz / Tbv** ✓
-

Ein – nicht ausschließbarer - **Irrtum** des Arbeitgebers berührt nur noch die **Schuldfrage**

Beitragsvorenthaltung: „Täuschungsfälle“

zum Schluss noch: Scheinselbstständigkeit

1. Arbeitgeber zahlt Lohn „gegen Rechnung“
 2. Sachverhalt ist Arbeitgeber bekannt: **Vorsatz / Tbv** ✓
-
3. Irrtum ist regelmäßig **vermeidbar**
 - Problematik ist allgemein bekannt → **Beratungsbedarf**
 - „Clearing“ - Verfahren drängt sich auf
 - Schuld gegeben ✓
 4. **Bestrafung** ist möglich!

Strafhöhe???

Die Risiken der Scheinselbständigkeit

1. **Vorsteuer:** Abzug wird versagt (= Mehrkosten)
2. **Lohnerhöhung:** ggf. Mindestlohn / Tarifvertrag
3. **Lohnsteuer:** grundsätzlich Haftung
4. **Sozialversicherungsbeiträge**
5. **Gewerberecht:** Sanktionen drohen

Risiko: Straftatbestand Beitragshinterziehung...

Strafhöhe???

Die Risiken der Scheinselbständigkeit

Die Folgen im Fall **Möbel-Inhofer**:

- 1. Freiheitsstrafen** für zwei Gf. aus der Familie Inhofer (1 Jahr 10 Monate bzw. 11 Monate, jeweils z. Bew.)
- 2. *Gewerberecht: Sanktionen drohen***
- 3. Geldstrafen** für weitere Familienmitglieder (**105' €**)
- 4. Sozialversicherungsbeiträge** lt. Gericht rd. **1 Mio €**
- 5. Zahlungen** „freiwillig auf den Schaden“ **7,5 Mio €**



Baden-Württemberg

Andreas Thul
Oberstaatsanwalt
Staatsanwaltschaft Stuttgart
Tel.: 0711 / 921-4739
Fax: 0711 / 921-4723